

BERLINER EINBLICKE

Der Newsletter von Heribert Hirte – für Sie



Berliner Einblicke #39

Mitte Juni 2016



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Vier bewegte Wochen sind vergangen seit meinen letzten Berliner Einblicken. Vier Wochen, in denen ich auf fast allen meinen politischen Baustellen aktiv war. Im Rechtsausschuss habe ich mich weiter mit der geplanten Änderung im Bereich der Insolvenzanfechtung beschäftigt und im Europaausschuss stoßen meine Ideen zum Kindergeld für EU-Ausländer zu meiner Freude langsam auf interessierte Zuhörer. Von beiden Themen werde ich in den kommenden Berliner Einblicken mehr berichten, noch finden unsere Gespräche dazu unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Meine Aufgaben als Stephanuskreis-Vorsitzender dagegen standen die vergangenen Wochen so stark im Fokus des öffentlichen Interesses wie selten zuvor. Neben unserer Entscheidung im Deutschen Bundestag, den Völkermord an den Armeniern anzuerkennen (mehr im SEITENBLICK und RUNDBLICK), beschäftigt mich nach wie vor intensiv die Situation von christlichen Flüchtlingen in deutschen Erstaufnahmeunterkünften. Im NAHBLICK erfahren Sie mehr darüber.

Besonders in Zeiten, in denen komplexe Entscheidungen getroffen werden müssen, scheint die Sehnsucht bei vielen groß zu sein, diese Entscheidungen einfach direkt selbst treffen zu können. Wenn ich den Schülern am EU-Projekttag in Köln erklären wollte, warum das mit der direkten Demokratie nicht so einfach ist, habe ich folgendes Beispiel verwendet:

Ich habe ihnen gesagt: „Machen wir doch eine Abstimmung in der Schule! Wer ist für eine bessere Schule?“ Alle meldeten sich. „Und wer will mehr Lehrer?“ Wieder gingen alle Hände hoch. „Gut“, sagte ich „und wer will dafür bezahlen?“ Keiner meldete sich. „Und wer will ab sofort schulfrei?“ Klar, da waren sie wieder, die Hände.

Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Woche!

Ihr



Heribert Hirte

NAHBLICK

Das Thema



Christliche Flüchtlinge in den Unterkünften

„Die bekannt gewordenen Diskriminierungsfälle gegenüber christlichen Flüchtlingen in Notunterkünften nehme ich sehr ernst. Da gerade diese Gruppe in ihrer Heimat teils massiver Unterdrückung ausgesetzt war, reagiere ich nicht nur als Vorsitzender des Stephanuskreises, sondern auch persönlich als Christ auf solche Vorwürfe sensibel.“

Das schrieb Heribert Hirte vergangene Woche in der [Münchener Kirchenzeitung](#) in einem Gastkommentar, in dem er die Bundesländer erneut aufforderte, Schutzkonzepte für Minderheiten in den Notunterkünften einzuführen.

Dem vorangegangen war eine öffentliche Diskussion über die Lage christlicher Flüchtlinge und anderer religiöser Minderheiten in den deutschen Unterkünften. Mitte Mai war die Hilfsorganisation „Open Doors“ mit einer eigens durchgeführten Erhebung an die Öffentlichkeit gegangen, in der sie 231 religiös motivierte Übergriffe gegen Christen aufgelistet hatte (wir berichteten darüber in den Berliner Einblicken #38). Eine „belastbare Datenbasis, um den verantwortlichen Politikern eine Handlungsgrundlage“ vorzulegen, seien die bekannt gewordenen Vorfälle doch „lediglich die sprichwörtliche Spitze des Eisberges“, schrieben sie. Doch kurz darauf veröffentlichten Journalisten in der [Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung](#) einen kritischen Artikel über die Erhebung (ein ausführlicherer FAZ-Bericht findet sich auch [hier](#)). Ihre Recherche hatte ergeben, dass an der Belastbarkeit der von Open Doors erhobenen Zahlen „erhebliche Zweifel angebracht“ seien. Ein differenzierter Blick auf die Erhebung, den auch Heribert Hirte teilt. Denn während die an der Studie beteiligten Hilfsorganisationen vor der [Presse](#) von bis zu 40.000 diskriminierten christlichen Flüchtlingen sprachen, war ihm aufgefallen, dass fast zwei Drittel der mutmaßlichen Opfer erst kürzlich konvertierte Christen aus einer ihm bereits bekannten Berliner Gemeinde der „Selbstständigen Evange-

lisch-Lutherischen Kirche“ sind. Wie es anderen religiösen Minderheiten in den Unterkünften geht und ob nicht auch Schiiten und Sunniten von ähnlichen Konflikten berichten würden, wenn man sie fragte, beantwortet die Studie nicht. Aufgrund dieser Erhebung also von gehäuften religiös motivierten Übergriffen von Muslimen auf Christen zu sprechen, hielt er für unverantwortlich. Hinzu kommt, dass weder die katholische noch die evangelische Kirche nach eigenen Recherchen von solch gehäuften Übergriffen in ihren Flüchtlingsunterkünften berichten können. Auch den Behörden liegen nach wie vor keine belastbaren Zahlen vor.

Auch, wenn Open Doors den Kirchen Vertuschung und Politikern Verharmlosung vorwirft, lieferte Heribert Hirte bereits seit Anfang 2016 [Vorschläge](#), wie die Situation in den Heimen für Minderheiten entschärft werden könnte. [Für besondere Härtefälle](#) forderte er, dass Betroffene unkompliziert die Möglichkeit haben müssen, in separaten Heimen unterzukommen. „Eine grundsätzlich getrennte Unterbringung nach Konfessionen kann jedoch nicht die Lösung sein in einem Land, das die Religionsfreiheit als einen seiner Grundpfeiler ansieht. Wenn wir die Menschen anfangen zu ghettoisieren, brauchen wir nicht darauf zu hoffen, dass sie von alleine anfangen toleranter gegenüber anderen Religionen und Weltanschauungen zu werden. Aus Sicht des Rechtspolitikers muss man zudem vorsichtig sein allein aus der Behauptung einer Diskriminierung auf deren tatsächliches Vorliegen zu schließen“, sagte Hirte. Eine Aussage, die in der [Berichterstattung zu dem Thema](#) durchaus wahrgenommen wurde (Neben der [Welt](#) berichteten die [Huffington Post](#), [rp-online](#) und die [Frankfurter Rundschau](#)).

Open Doors widersprach der Kritik an ihrer Erhebung aufs schärfste. Dass sich die Organisation überhaupt um dieses Thema kümmert, hält Hirte für absolut richtig und wichtig. Seit Jahren liefert sie auch dem Stephanuskreis hilfreiche Hinweise aus aller Welt zum Thema Christenverfolgung. Doch, wie das Onlinemagazin [evangelisch.de](#) feststellte, erwies die Organisation der berechtigten Sorge um religiös motivierte Konflikte in deutschen Flüchtlingsheimen wohl einen Bärendienst. Denn „durch Übertreibung und eine „Wir gegen die“-Mentalität macht sich die Organisation Open Doors unglaubwürdig. Das hilft niemandem - und es hilft auch nicht dabei, religiöse Konflikte in Flüchtlingsheimen zu lösen“, schreibt evangelisch.de.



Anfang der vergangenen Woche besuchte Heribert Hirte vor diesem Hintergrund gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Cemile Giousouf eine Notunterkunft des Malteser Hilfsdienstes in Berlin-Neukölln. Die dort untergekommenen christlichen Flüchtlinge aus dem Iran und Afghanistan berichteten vom guten Miteinander mit ihren muslimischen Zimmernachbarn. Von religiös bedingten Konflikten hätten sie zwar gehört; sie selbst seien aber nicht aufgrund ihres Glaubens diskriminiert worden. Auch, wenn es wieder nur ein sehr begrenzter Einblick war, so war doch auch der für den Stephanuskreis-Vorsitzenden wichtig. „Wir haben das Gefühl, dass die Gesamtlage komplizierter

ist“, sagte Hirte anschließend einer Journalistin [der Deutschen Presseagentur](#). Auf [Facebook](#) schrieb er später: „Wir brauchen in den deutschen Notunterkünften Schutzkonzepte für Minderheiten, wie z.B. Christen oder Jesiden. Bisher scheint ihr Schicksal stark davon abzuhängen, wie die Gesamtstruktur in den Unterkünften ist. Die Betreiber der Heime müssen deshalb vergleichbare Mindeststandards einhalten.“ Mit dieser Forderung steht Heribert Hirte nicht alleine da. Gemeinsam mit anderen Fraktionskollegen arbeitet er bereits an Vorschlägen, die nach Möglichkeit noch in den Gesetzentwurf für das neue [Integrationsgesetz](#) einfließen sollten. Dazu gehören geeignete räumliche Mindeststandards, Ansprechpersonen und Notfallpläne bei Verdachtsfällen, damit Übergriffe niedrigschwellig gemeldet und verfolgt werden. Auch über die Einrichtung einer Ombudsstelle, wie sie vom Kölner Flüchtlingsrat koordiniert wird, denkt Heribert Hirte auf Bundesebene nach. Eine solche unabhängige Einrichtung könnte Beschwerden über gravierende Probleme wie religiös motivierte Übergriffe entgegennehmen und Missstände abstellen.

SEITENBLICK

Kurz informiert



Bundestag gedenkt des Völkermordes an Armeniern und orientalischen Christen



Vasiliadis Lazaros, Anastassios Ossipidis und Lisaridis Georgios vom Verband der Pontosgriechen in Europa (OSEPE) sprachen mit Heribert Hirte über die Resolution am 2. Juni 2016 im Deutschen Bundestag. Auch, die Pontosgriechen gehörten zu den Opfern der Massaker.

Die Tötung vieler Armenier im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkrieges war die größte Katastrophe in der Geschichte des armenischen Volkes. Den Deportationen und Massenmorden fiel unabhängigen Quellen zufolge über einer Million Armenier zum Opfer. Dies führte zur fast vollständigen Vernichtung der Armenier im Osmanischen Reich. Ebenso waren Angehörige anderer christlicher Volksgruppen, insbesondere aramäisch/assyrische und chaldäische Christen, aber auch Pontosgriechen, von Massakern und Deportationen betroffen.

Erstmals taucht der Begriff *Völkermord* auch in der Überschrift der Resolution auf. „Damit beschreiben wir im Parlament einen historischen Tatbestand endlich auch korrekt. Wir tun das nicht anklagend, sondern in Anerkennung dessen, dass auch Deutschland eine Mitschuld trägt. So soll die klare Benennung auch nicht weiter spalten, sondern zur Aussöhnung zwischen der Türkei und den Armeniern beitragen“, schrieb Heribert Hirte auf seiner Facebook-Seite. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder [erklärte](#): „Wir behandeln das Thema im Bundestag auch deshalb, weil das Deutsche Reich damals Hauptverbündeter des Osmanischen Reichs war und geschwiegen hat. Damit hatte das Deutsche Reich eine Mitverantwortung, die wir klar benennen.“

Dass die Türkei keineswegs erfreut über diese Erklärung des Deutschen Bundestages war, ist deutlich spürbar geworden. Wie Heribert Hirte auf die provokanten Äußerungen Erdogans und weiterer AKP-Abgeordnete reagierte, lesen Sie in der Medienschau. Die kurze Rede des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert zur Parlamentseröffnung am Donnerstag sollten Sie [hier](#) unbedingt noch einmal in voller Länge ansehen, wenn sie bisher nur Auszüge davon in den Nachrichten gehört haben.

Stadtbezirk Innenstadt/Deutz nominiert Hirte für den Bundestag

„Zur Bundestagswahl 2017 wird die CDU wieder mit Karsten Möring, Professor Heribert Hirte und Gisela Manderla ins Rennen gehen.“ Das verkündete die [Kölnische Rundschau](#) Ende Mai.

Zuvor hatte ihn bereits der CDU-Stadtbezirk Innenstadt/Deutz, von dem Teile auch Heribert Hirtes Wahlkreis umfassen, in seiner Vorstandssitzung einstimmig nominiert. Der Stadtbezirksvorsitzende Dirk Michel zeigte sich sehr zufrieden auf der Vorstandssitzung, auf der [Homepage der CDU](#) wird er mit den Worten zitiert: „Sie sollen ihre Arbeit in Berlin fortsetzen und für Köln ab 2017 weiterhin im Bundestag diese beiden wichtigen Wahlkreise vertreten.“

Die endgültige formale Nominierung im Wahlkreis Köln II / 094 wird am 2. Juli um 10:30 Uhr im Apostelgymnasium (Biggestraße 2, 50931 Köln) stattfinden. Heribert Hirte würde sich sehr über Ihre Anwesenheit und auch Ihre Stimme für seine offizielle Nominierung freuen. Gleichzeitig haben Sie an diesem Tag auch wieder die Gelegenheit, direkt mit ihm aktuelle Themen und seine zukünftigen Ziele zu diskutieren.

Europa-Tag an sieben Kölner Schulen

Sieben auf einen Streich waren es zwar nicht, aber immerhin innerhalb einer Woche. Die Schulbesuche anlässlich des EU-Projekttag und vor allem die klugen Fragen der Schüler haben Heribert Hirte große Freude gemacht. Schulleiter Horst Neuhaus vom Kölner Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg fasste im Anschluss an den Besuch des Abgeordneten zusammen, der Besuch und das Gespräch haben ge-



zeigt, „dass einfache schwarz/weiß-Lösungen bzw. Antworten in der Politik nicht möglich sind. Wer Politik darauf reduziert, ist ein Scharlatan.“ Ein weiterer netter Schülerbericht aus der Europaschule findet sich [hier](#) online. Auch der Kölner Stadt-Anzeiger berichtete am 12. Mai: „Der Bundestagsabgeordnete Heribert Hirte (CDU) und der Europaabgeordnete Axel Voss (CDU) stellten sich den Fragen der Schüler aus dem zwölften Jahrgang zu aktuellen Themen rund um Europa. Die Podiumsdiskussion wurde von den Sozialwissenschaftskursen und von Lehrern mit Unterstützung der EU-Juniorbotschafter der Schule durchgeführt. Parallel dazu beschäftigten sich alle Klassen mit Europa.“

Bilder der Schulbesuche haben wir auf [Facebook](#) zu einem kleinen Album zusammengefasst. Eines ist jetzt schon klar: Der nächste Schultermin folgt nicht erst am nächsten EU-Projekttag in einem Jahr!

Politbrunch in Rodenkirchen

Gutes Frühstück, gute Musik – gute Politik? Na, darüber lässt sich sicher diskutieren. Heribert Hirte tat dies mit seinen Kölner Gästen beim Brunch unter dem Motto „Jazz meets Politics“, das die Aktionsgemeinschaft „Treffpunkt Rodenkirchen“ organisiert hatte. „Gerne diskutiere ich wieder über unsere CDU-Politik für den Mittelstand, den rechtlichen Rahmen für Unternehmensgründungen oder die Reform der Regelungen zur Insolvenzanfechtung“, sagte Hirte im Anschluss. Scheuen Sie sich also nicht, den Kölner Bundestagsabgeordneten einfach mal zu einem Politbrunch einzuladen.





Was sagt Heribert Hirte eigentlich zum Bundeswehrmandat in Syrien? Das hat sich auch die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsgegnerInnen Gruppe Köln gefragt. Die Antwort, die der Abgeordnete daraufhin zusammen mit seinen Kölner CDU-Bundestagskollegen Gisela Manderla, Karsten Möring und Helmut Nowak verfasst hat, ist durchaus lesenswert und findet sich [hier](#).

Der staatliche Islam-Rundfunk TRT-Diyanet nutzt im Ramadan ausgerechnet die Hagia Sophia in Istanbul als Moschee. Weil das Gebäude nach einer wechselvollen Geschichte eigentlich allen Religionen als Museum offen stehen soll, kritisierte Heribert Hirte diese Umwandlung in der Presse. Besonders alarmierend fand der Vorsitzende des Stephanuskreises aber vor allem die Äußerungen eines türkischen Abgeordneten der Regierungspartei AKP. „Wer uns westlichen Christen in aller Deutlichkeit öffentlich die Freundschaft kündigt und sagt, man habe auf „uns“ keine Rücksicht mehr zu nehmen, überschreitet als Abgeordneter eines demokratischen Parlaments eine wichtige Grenze und bringt auch die Christen in der Türkei in Gefahr“, hielt er in seiner Pressemitteilung fest. Die kirchlichen Onlineseiten [Kath.net](#), [evangelisch.de](#), [katholisch.de](#) und [das christliche Medienmagazin pro](#) berichteten.

Beim Thema Ortsumgehung Meschenich setzt sich der Kölner CDU-Politiker beim Bund dafür ein, die eigentliche Ortsumgehung und deren Fortführung bis zur Anschlussstelle Köln-Eifeltor im Bundesverkehrswegeplan 2030 zu entkoppeln. Warum, erklärte Hirte in seiner [Pressemitteilung](#): „Nur so kann die Ortsumgehung zügig vorangetrieben werden und gleichzeitig in Ruhe eine sinnvolle und gut durchdachte Lösung für die Weiterführung bis zur A 4 gefunden werden. Die Bürger in Meschenich haben es nach jahrzehntelanger Wartezeit verdient, dass der Bau nun endlich beginnt! Weil aber auch die Bedenken der Bürger von Höningen ernst genommen werden müssen, dränge ich darauf, Variante 4 für den Anschluss an die A 4 endlich richtig zu prüfen“.

Sein „Ohr für Unternehmen“, wie es die Rewe Group in ihrem Mitarbeitermagazin one bezeichnete, schenkte Heribert Hirte im Mai dem Vorstandsvorsitzenden Alain Caparros und Vorstand Jan Kunath. Welche politischen Themen die Damen und Herren beschäftigten, ist [hier](#) nachzulesen.

Welche Chancen sich für Unternehmen durch das Freihandelsabkommen TTIP bieten könnten und welche Risiken das Vorhaben birgt, darüber informierte Hirte Ende Mai einen Abend lang in der Kleinstadt Tönisvorst. Die [Willicher Nachrichten](#) berichteten. „Alle Sorgen vor den Folgen des Transatlantischen Freihandelsabkommens konnte der Referent des Abends den Gästen aus dem Kreis Viersen nicht nehmen“, urteilte zwar die [Rheinische Post](#), Gast @cry_fabio twitterte aber im Anschluss: „Spannende und lehrreiche Diskussion. @HHirte hat mit einigen Vorurteilen aufgeräumt!“ Und nach einem weiteren Termin zum selben Thema kommt auch [NRW.jetzt](#) zu dem Schluss: „Es war Politik, wie sie sein sollte.“ Mit einem Politiker, „der so gar nicht den Vorurteilen



Ein Treffen unter „Kollegen“

Wie es sich anfühlt, als Bundestagsabgeordneter in Berlin zu arbeiten, konnte Tim Becker diese Sitzungswoche am eigenen Leib erfahren. Vom 4. bis 7. Juni 2016 organisierte der Deutsche Bundestag wieder das Planspiel „Jugend und Parlament“. Gemeinsam mit 314 anderen Jugendlichen aus dem gesamten Bundesgebiet hatte Tim Becker die Möglichkeit, in einer Großsimulation die parlamentarische Demokratie spielerisch kennenzulernen. Ganz real war dann das Zusammentreffen mit den echten Bundestagsabgeordneten. Ein Gespräch unter „Kollegen“ - für Heribert der Augenblick der Woche!



entspricht, die man in Deutschland gegenüber Politikern hatte. Hirte ist kein Sprücheklopfer, eher ein...ja, Professor, der in fast zwei Stunden Punkt für Punkt abarbeitete, warum es überhaupt Freihandelsabkommen geben muss. Völlig unaufgeregt, sachlich und mit Fakten.“

TTIP war auch Thema des Hintergrundgesprächs, zu dem die [Europa-Union](#) eingeladen hatte. In Anlehnung an den Journalisten-Code heißt die Gesprächsreihe in vertraulicher Atmosphäre „Europa unter drei“. Heribert Hirte erklärte in der Runde warum er eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit in dem Freihandelsabkommen für sinnvoll hält. Er war einer der ersten, der in der deutschen Politik und Öffentlichkeit für das Modell einer öffentlich-rechtlichen europäischen Schiedsgerichtsbarkeit warb. Inzwischen wurde dieser Vorschlag von der EU-Kommission aufgenommen und in die transatlantischen Verhandlungen eingebracht.

Die Gründerzeitung der [Wirtschaftswoche](#) zitierte Heribert Hirte in Bezug auf die Rolle der Frau in Start-Ups: „Wer selbstständig ist, schaut in die Röhre. Das gilt sowohl für jene, die pflegende Angehörige haben, als auch für Frauen. Schutzmechanismen sind bisher nur für Arbeitnehmer vorhanden, nicht aber für Arbeitgeber. Dass eine überproportionale Zahl von Frauen vom Gründen zurückschreckt, aufgrund des fehlenden Schutzes, den Arbeitnehmerinnen bereits genießen, ist daher als großes Defizit zu sehen. Ein Defizit was auf jeden Fall behoben werden muss.“

QUERBLICK
Das Zitat



Heute mal ein Auszug aus der E-Mail-Kommunikation im Büro Hirte:

E-Mail an: Heribert.hirte@bundestag.de

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter, das Büro des Parlamentarischen Geschäftsführers Manfred Grund MdB bittet die Mitglieder der AG Recht und Verbraucherschutz zu TOP 14 ins Plenum zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Mitarbeiterin leitet die E-Mail an den Chef weiter:

„Ab ins Plenum :-)“

Die Antwort kommt umgehend:

„Da sitze ich!!! Schau mal Fernsehen.“

Was soll man da anderes zurück schreiben als:

„Nein danke, nicht während der Arbeit :-)“



Mittwoch, 15. Juni um 19:30 Uhr

Diskussionsveranstaltung in Köln zum Integrationsgesetz

Dr. Günter Krings MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, wird das neue Integrationsgesetz in Köln vorstellen. Im Anschluss an seinen Vortrag werden Karsten Möring MdB, Serap Güler MdL und Dr. Ralph Elster MdR unter der Moderation von Prof. Dr. Lothar Theodor Lemper die Chancen und Auswirkungen dieses Gesetzes für Bund, Land und Kommunen diskutieren.

Ort: Verband der Privaten Krankenversicherung e.V., Gustav-Heinemann-Ufer 74c (grünes Gebäude), 50968 Köln, 4. Etage, Raum „Bayenthal“

Sonntag, 2. Juli um 10:30 Uhr

Alle CDU-Mitglieder sind eingeladen zur Nominierungsveranstaltung. Heribert Hirte steht für den Wahlkreis Köln II / 094 zur Wahl. Er würde sich sehr freuen, auch Ihre Stimme zu bekommen. Gleichzeitig haben Sie an diesem Tag wieder die Gelegenheit, direkt mit ihm aktuelle Themen und künftige Ziele zu diskutieren.

Ort: Apostelgymnasium, Biggestraße 2, 50931 Köln

Anschrift

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77830
Telefax: 030 / 227-76830

Bürgerbüro Köln
Aachener Straße 227
50931 Köln

Telefon: 0221 / 589-86762
Telefax: 0221 / 589-86765

Email

heribert.hirte@bundestag.de

Copyright © 2016 Heribert Hirte. Alle Rechte vorbehalten.

Sie wollen diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann teilen Sie uns das bitte mit. Wir werden Ihre Daten umgehend aus diesem Verteiler löschen.

Wir behandeln Ihre Daten selbstverständlich vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

Unsere Anschrift ist:
Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unsere Homepage-Adresse lautet:
www.heribert-hirte.de